

Bischöfe beschließen Erklärung zu Pius-Brüdern und Williamson-Affäre

(jesus.de / epd) - Die katholischen Bischöfe haben in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung abermals die Holocaust-Leugnung des Traditionalistenbischofs Richard Williamson und antisemitische Strömungen in der Pius-Bruderschaft scharf verurteilt. Es fehle bislang eine ernsthafte Distanzierung der Betreffenden von derart inakzeptablen Haltungen, erklärten die deutschen Bischöfe zum Abschluss ihrer Frühjahrstagung am Donnerstag in Hamburg. In dem Dokument fordern sie von der Pius-Bruderschaft, mit der Anerkennung der Konzilsbeschlüsse und der Autorität des Papstes die Voraussetzungen für die Wiedereingliederung in die katholische Kirche zu schaffen.

Auch nach Aufhebung der Exkommunikation sei den Pius-Brüdern nicht gestattet, die Heilige Messe oder andere Sakramente zu feiern, heißt es in der Erklärung weiter. Sollten sie es dennoch tun, sei dies eine «ausdrückliche Kampfansage», sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. «Logische Folge» sei in diesem Fall der Ausschluss aus der römisch-katholischen Kirche, auch wenn dies in der Erklärung nicht ausdrücklich formuliert sei. Die umgehende Wiedereingliederung sei jetzt Aufgabe der Pius-Bruderschaft.

Die Debatte habe gezeigt, dass das Verhältnis zu den Juden noch nicht selbstverständlich und klar sei, sagte Zollitsch weiter. Es müsse noch einmal deutlich gesagt werden, dass die heutigen Juden nicht schuld am Tod Jesu seien. Hinter die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils gebe es kein Zurück. Reformbeschlüsse wie die Beteiligung der Laien in den Gemeinden könnten aber noch weiterentwickelt werden.

Erzbischof Zollitsch wird in der kommenden Woche Papst Benedikt XVI. in Rom über die Ergebnisse der Beratungen informieren. In der Erklärung empfehlen die Bischöfe, dass in der römischen Kurie die interne Abstimmung und Kommunikation mit den Bischofskonferenzen verbessert werden müsse: «Dies gilt besonders für Konfliktsituationen.»

Scharf wandte sich die Bischofskonferenz gegen eine Petition der Laien-Initiative «Wir sind Kirche». Es werde hier der Eindruck erweckt, Papst Benedikt XVI. strebe eine Rückwärtsbewegung der Kirche in vergangene Zeiten an, sagte der Sekretär der Bischofskonferenz, Hans Langendörfer. Diese Darstellung stehe in einem «völligen Gegensatz» zur Einschätzung der Bischofskonferenz.

Die Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit wird nach den Worten Zollitschs auch die Kirche treffen. Er rechne mit einem Rückgang der Kirchensteuereinnahmen um fünf bis zehn Prozent in diesem Jahr. Allerdings sei die Prognose derzeit noch sehr unsicher. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise war Schwerpunktthema der Frühjahrstagung der 68 Bischöfe.

Die Auseinandersetzung um den umstrittenen Vergleich von Holocaust und Abtreibung von Bischof Walter Mixa (Augsburg) hält Zollitsch für beendet. Er habe im Gespräch mit Mixa deutlich gemacht, dass er die planmäßige Vernichtung des jüdischen Volkes für ein singuläres Verbrechen halte, das nicht mit einer Einzelentscheidung wie der Abtreibung verglichen werden könne. Mixa habe ihm versichert, dass er diese Ansicht teile.

Zuletzt geändert am 06.03.2009